

Das Ende der Globalisierung – jetzt wirklich?

Jens van Scherpenberg

Wer mit etwas längerem historischem Atem auf die aktuellen Debatten über die Weltwirtschaft in den Zeiten eines wachsenden Wirtschaftsnationalismus und einer Handel und Industrie weltweit niederdrückenden Pandemie blickt, ist versucht, darin einen weiteren Konjunkturzyklus der Globalisierungsdiskussion zu entdecken: Zu den Hochzeiten der Globalisierung in den 1990er Jahren war unter dem Eindruck des westlichen Siegs im Ost-West-Konflikt und dem davon erwarteten Abklingen auch anderer zwischenstaatlicher Konflikte bei Politikwissenschaftlern und Ökonomen gerne die Rede – sei es begrüßt, sei es als Warnung – von der Abdankung des Staates zugunsten des freien globalen Schaltens und Waltens internationaler Industrie- und Finanzkonzerne mit Bilanzsummen, die selbst das Bruttoinlandsprodukt mittlerer Staaten überstiegen. „Globalisierung“ war der ökonomische Name für den weltweiten Sieg der westlichen Prinzipien von Liberalismus und freier Marktwirtschaft. Im Zuge der Finanzkrise von 2008/9 wurde dann wieder nach dem

Staat gerufen, um dem „entfesselten Finanzkapital“ die Zügel anzulegen und die von dessen spekulativen Exzessen in Mitleidenschaft gezogene Realwirtschaft zu stützen. In den Jahren nach der Finanzkrise schienen wieder die privaten Unternehmen die Regie über die Weltwirtschaft zu übernehmen; sie bedienten sich des weltweiten Arbeitsmarktes und überzogen den Globus mit einem weltumspannenden, immer engmaschigeren Netz von Lieferketten, zu dessen Zentrum sich China entwickelte. Dank der dadurch erzielten gewaltigen Kostenersparnisse und Effizienzgewinne für die Industrie schlug sich die beispiellose Geldschöpfung der großen Zentralbanken zur Überwindung der Finanzkrise nicht in steigenden Inflationsraten nieder; die Löhne sanken eher, nur die großen Kapitalvermögen erlebten einen inflationären Anstieg. Heute sind eben diese globalen Lieferketten in Verruf gekommen. Stattdessen treten die großen Industriestaaten an, durch Beschränkungen für Unternehmenskäufe ausländischer Investoren, durch Staatszuschüsse, ja sogar direkte



Dr. Jens van Scherpenberg

Geschwister-Scholl-Institut für Politikwissenschaft
Ludwig-Maximilians-Universität München